



## Antrag

der Fraktion der AfD

### **Linksextremismus ächten - Politische Gewalt gegen Politiker und Parteien darf nicht toleriert werden**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag verurteilt linksextreme Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung und lehnt darüber hinaus auch jegliche Form von Hass, Hetze und Diskriminierung gegen Menschen aufgrund ihrer politischen Einstellung ab. Linksextremismus ist eine Bedrohung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Er missbraucht den Begriff des Antifaschismus unter dem Sammelbegriff und den Symbolen der „ANTIFA“, und strebt so gesellschaftliche Anerkennung und Legitimation für politische Gewalt an.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag erklärt, dass jeder, der zur Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung aufruft, oder diese begünstigt, den demokratischen und antitotalitären Grundkonsens unseres Staates verlässt. Politisch motivierte Gewalt gegen Mandatsträger, Repräsentanten, Mitglieder oder Einrichtungen von Parteien ist über Parteigrenzen hinweg zu verurteilen und darf in unserer Gesellschaft keine Toleranz und keinen Raum finden.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, ihre Anstrengungen im Kampf gegen den Linksextremismus zu intensivieren.